


3 Wie mobil sind Polizei und Feuerwehr in Bayern im Krisenfall?


Auf der Ebene des Landes und der Kommunen einschließlich Polizei und Feuerwehr gibt es bayernweit nur 71 nicht-öffentliche Tankstellen für staatliche Behörden, davon elf für die Polizei und zwei für die Feuerwehr. Nur 45 davon können durch Notstromeinspeisung betrieben werden. Zwar hält unsere Polizei Treibstoffvorräte zur Kanister-Betankung vor, doch wie lange werden die reichen?

 **Lösung** Die 393 Dienststellen der bayerischen Polizei, die Feuerwehren und Rettungsdienste müssen jederzeit voll einsatzbereit sein, um ihre wichtigen Aufgaben erfüllen zu können. Hier muss dringend „nachgerüstet“ werden. Die AfD fordert eine schnellstmögliche Bestandsaufnahme auf ministerieller Ebene und darauf aufbauend einen Maßnahmenplan zur Mobilitätssicherung bei Polizei/Feuerwehr.




4 Hat die bayerische Polizei überhaupt eine ausreichende Notstromversorgung?

Höchst bedenklich, aber wahr: Lediglich 76 Prozent aller Liegenschaften der Bayerischen Polizei verfügen über eine Notstromversorgung, und nur bei 13 Objekten der Bayerischen Polizei sind Anschlüsse für eine externe Stromeinspeisung vorhanden. Mit Stand von Anfang 2023 waren außerdem keine zusätzlichen fest installierten Notstromaggregate/Netzersatzanlagen bestellt.

 **Lösung** Was für die Mobilität gilt, gilt selbstverständlich auch für den allgemeinen Betrieb. Ohne Strom ist die Polizei nicht handlungsfähig – mit potenziell verheerenden Folgen für die innere Sicherheit. Die AfD kämpft dafür, dass die Lücken bei der Notstromversorgung so schnell wie möglich geschlossen werden. Alles andere als eine 100-Prozent-Abdeckung ist inakzeptabel.

5 Wie viele bayerische Kommunen haben zentrale Notrufstellen eingerichtet?

Eine Reihe von bayerischen Kommunen halten zentrale Notrufstellen (sog. Notfall-Infopunkte bzw. „Leuchttürme“) vor, an die sich Bürger wenden können, falls die Notrufnummern 110/112 ausfallen. Eine exakte Aufstellung liegt der Staatsregierung aber nicht vor, obwohl kaum etwas das Sicherheitsgefühl der Bürger mehr untergräbt als das Wissen, eben NICHT zu wissen, wo Hilfe zu erhalten ist.

 **Lösung** Zwar sind die Gemeinden für die kommunale Daseinsvorsorge zuständig, doch sollte dies das Land nicht hindern, die Angaben zu zentralen Notrufstellen zu sammeln und der Bevölkerung ggf. auf einer ständig aktualisierten Webseite zur Verfügung zu stellen. Ebenso ist aktive Hilfestellung gefragt für Kommunen, die bisher noch keine „Leuchttürme“ eingerichtet haben. Dafür setzt die AfD sich ein!



Ist Bayern? krisenfest

Eine Information von
Martin Böhm (MdL),
Ihrem AfD-Kandidaten
Coburg und Listenführer
Oberfranken!

